



Fraktion im Kreistag des
Landkreises Darmstadt-Dieburg

Die Fraktionsvorsitzende

5. Kreistagssitzung

Es gilt das gesprochene Wort

Darmstadt, 09. 12. 2006

Rede zum Wirtschaftsplan 2007

Bei der Erarbeitung dieser Rede zum Wirtschaftsplan 2007 habe ich in einigen alten Reden geblättert. Für mich gilt nach wie vor meine Maxime „**Der Kreis als Vorbild**“, doch in all Ihren Reden zu den Wirtschaftsplänen stelle ich fest, was Sie Herr Landrat als den roten Faden, den Sie „als Balance halten in schwierigen Zeiten“ mal bezeichneten, ist fortgeschrieben mit kleinen Korrekturen, aber nicht weiter entwickelt. Vor 10 Jahren wurde schon öffentlich bemängelt, dass die Ausgaben, soweit direkt beeinflussbar, zu stark gestiegen sind und der Einnahmeentwicklung nicht angepasst wurden! Dieser Rückblick in die Vergangenheit zeigt der CDU nur allzu deutlich, dass die Wirtschaftspläne eher die Vorstellungen des Landrats widerspiegeln und erst nach und nach real den aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst werden.

In diesem Jahr erfolgte die Einbringung des Wirtschaftsplans 2007 von Ihnen, Herr Landrat, unter der Überschrift: „Defizit mehr als halbiert – Schulden werden abgebaut.“ Sie sehen einen Silberstreif über sich, der jedoch nicht der Erfolg einer sparsamen Haushaltsführung ist und damit Ihr Verdienst, sondern es ist das „Silber“ der Kreiskommunen. Sie müssen schon zugeben verehrte Kollegen und diejenigen, die sich mit dem vorliegenden Wirtschaftsplan beschäftigt haben, mussten sehr schnell erkennen, dass die vom Regierungspräsidenten angemahnte Haushaltskonsolidierung voll zu Lasten der Kreiskommunen geht.

Herr Landrat Sie führen in dem Vorbericht S. 12 Absatz 2 aus: „Der Landkreis Darmstadt-Dieburg schreibt auch mit diesem Wirtschaftsplan sein bisheriges Programm fort.“ So gilt unseres Erachtens auch für den Wirtschaftsplan 2007 ebenfalls die Aussage des Regierungspräsidenten für den Wirtschaftsplan 2006, wo dieser bereits feststellte: **„Das von Ihnen im Rahmen des Haushaltsgenehmigungsverfahrens vorgelegte Haushaltskonsolidierungskonzept beinhaltet keine grundsätzlich neuen Ansätze .**

*** Hier greift nun unsere 1. Kernaussage und unser Antrag zur Senkung der Kreisumlage. Vor dem Hintergrund der Besserausstattung der Landkreise wurden die Bemessungsgrundlagen für die Kreisumlagen durch das Finanzierungs-ausgleichsänderungsgesetz deutlich erweitert. So werden die Anrechnungsansätze für den Gemeindeanteil an der Einkommens- und Umsatzsteuer von 95 auf 100% angehoben, das gleiche gilt auch für den Anrechnungssatz der Gemeindeschlüsselzuweisungen bei den Kreisumlagegrundlagen. Auf diese Weise erhalten die Landkreise rund 66 Millionen € Mehreinnahmen. Für manche Kommunen aber, die in erheblichem Umfang auf die Einnahmen aus der Einkommenssteuer angewiesen sind, werden bereits auf der Ebene der Schlüsselzuweisungen massiv benachteiligt, d.h. sie erwarten sogar weniger als 2006.**

Herr Landrat, ich will ja nicht unterschlagen, dass Sie als Vorsitzender des Landkreistages wie ein Löwe gekämpft haben zum Wohle ihrer armen Landkreise und als der Landkreistag dem Land mit einer verfassungsgerichtlichen Klage gedroht hat, hat der Finanzminister reagiert und diese Änderung des Finanzausgleichsgesetz erwirkt. Schon bei der Einbringung des Wirtschaftsplans am 13.11. hätten wir unseren Antrag stellen können, keine Erhöhung der Kreisumlage zu fordern, doch fehlte mir noch die Information aus dem Innenministeriums und der Erlass an die Regierungspräsidenten. Dieser erfolgte bereits am 27. Oktober, dass die RPs die kreisangehörigen Kommunen nicht durch aufsichtsbehördlich veranlasste Hebesatzerhöhungen zusätzlich finanziell unter Druck zu setzen.

*** Hier aber setzt unser Vorwurf an, denn Sie Herr Landrat wussten um diese Aussagen, Sie waren bei all den Gesprächen der Spitzengremien dabei und dennoch haben Sie am 2. November anlässlich der Bürgermeister-Dienstversammlung für die Erhöhung der Kreisumlage geworben, aber auch mit der Forderung der Anhebung des Regierungspräsidenten gedroht, obwohl Sie wussten, dass es nach Ihren Kenntnissen Ihnen – den Kreisen Mehreinnahmen von über 66 Mio€ zufließen, obwohl SIE wussten, dass es den Erlass des Innenministers an die RPs gab. Hier haben sie nur die halbe Wahrheit gesagt oder das wesentliche weggelassen das ist aus meiner Sicht absolut kommunalfeindlich, weil es nicht der Notwendigkeit entspricht. Hier frage ich mich schon sehr, wo bleiben denn die kritischen Stimmen der Bürgermeister, kein Aufschrei geht durchs DaDiLand, alle sind happy und landrätlich wohlgesonnen??**

Ich kenne wohl die Pflichten als Kreistagsabgeordnete, doch ist ein jeder hier im Saal seiner eigenen Kommune ebenso verpflichtet und wenn schon die Bürgermeister aus Furcht vor irgendwelchen möglichen Repressalien oder offener Wünsche lieber den Mund halten, dann

sollten wenigstens wir im Kreistag den Mut haben und gegen die Erhöhung stimmen. Sie hätte auch mehr als nur 1,1% sein können.

Aber nein, so wie ich höre, wird die FDP mit Freuden für den Haushalt stimmen, dabei dachten wir seit der letzten Kreistagssitzung, hier spricht die knallharte Opposition, aber anscheinend ist sie da immer noch nicht angekommen und Herr Hoffie wird uns den Unwissenden gleich eine wirtschaftsliberale Vorlesung über den ausgewogenen Wirtschaftsplan halten, so als wäre er noch in der Regierung.

Nun zurück zum Haushalt, die Haushaltskonsolidierung wird ausschließlich aus den zusätzlichen Mehreinnahmen von ca 18 Millionen aus der Kreisumlage und den Schlüsselzuweisungen getragen. Diese werden zu 70% alleine von den kreisangehörigen Kommunen geschultert. Wie mir aus der Haupt- und Finanzausschusssitzung berichtet wurde, wurde der zusätzlich tiefe Griff, summa summarum 12,6 Millionen €, in die Städte – und Gemeindegeldbeutel wie folgt begründet. „Es sei jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen aufgrund der verbesserten Wirtschaftslage und die damit verbundenen Zuwächse bei der Steuer“. Ebenso spielen bei Ihnen Herr Landrat – so hörte ich – nicht taktische, sondern tatsächliche Gesichtspunkte eine Rolle.

Sicher muss dies angesichts von rund 134 Millionen € Schulden (besser klingt Defizit) des Kreises – in der Privatwirtschaft wäre ein so aufgestelltes Unternehmen insolvent – aber ein nachvollziehbarer Standpunkt, der aber leider die Finanzsituation der Kommunen völlig außer acht lässt. Und das finde ich bedauerlich, denn soweit mir bekannt ist, konnten in 2006 bereits 16 Kommunen ihren Verwaltungshaushalt nicht ausgleichen und mussten aus dem Vermögenshaushalt Finanzmittel zum Ausgleich in den Verwaltungshaushalt überführen. Man kann nur hoffen, dass sich dies aufgrund der nun besseren wirtschaftlichen Entwicklung zum Jahresabschluss relativiert.

*** Wir lehnen aber nicht nur wegen der unvermeidbaren Erhöhung der Kreisumlage ab, sondern wir halten diese Maßnahme zum jetzigen Zeitpunkt für nicht mehr angemessen, denn aufgrund dieser höheren Steuereinnahmen wie vorhin beschrieben (95 auf 100% Bemessungsgrundlagen) der Kommunen partizipiert der Kreis hier bei konstanter Kreisumlage durch das Finanzierungsausgleichsgesetz 2007 an den steuerlichen Mehreinnahmen in Höhe von 4,5 Millionen €.**

Ob es stimmt, dass aufgrund gewachsener Strukturen nur noch defizitär gewirtschaftet werden kann, mag heute offen bleiben. Aber statt die Strukturen auch im Hinblick auf freiwillige Leistungen zu überprüfen - schließlich weist der Hessische Rechnungshof in seinem 16. Bericht ein Einsparpotenzial von bis zu 10 Millionen € aus, **haben Sie ja als Präsident des Hessischen**

Landkreistages in zähen Verhandlungen die Erhöhung der Bemessungsgrundlagen um 5% für Kreis- und Schulumlage erreicht. Ich zitiere aus Schreiben von Finanzminister Weimar vom 24.11.06. „Vor dem Hintergrund (schwierige Haushaltssituation der Landkreise) hat sich das Land bewusst dafür entschieden, für das Jahr 2007 den Landkreisen durch eine für alle Gemeinden wirkende Anhebung der Umlagegrundlagen eine bessere Finanzausstattung zu gewähren.“

Zu den oben schon erwähnten Einnahmen bedeutet es ebenfalls bei konstanten Hebesätzen ein weiteres Abschöpfen finanzieller Mittel bei den kreisangehörigen Kommunen von ca 4,3 Mio € zur Verbesserung der Einnahmestruktur der Landkreise. Da gehen wir ja auch konform, das hier nachhaltig eine Regelung gefunden werden musste. **Doch bei Ihrer Kritik an den Landeskürzungen zu Gunsten des BAMBINI-Programms ist übrigens zu erkennen, wenn zwei das gleiche tun, ist es noch lange nicht dasselbe.** Auch hier haben Sie in einem Schreiben an die Bürgermeister mit der Erhöhung der Kreisumlage gedroht vor dem Hintergrund, das künftig Einnahmen aus dem Sozialhilfelastenausgleich im Zuge der Auswirkungen der HARTZ IV Gesetzgebung wegfallen. **Obwohl, Sie Herr Landrat Ende August an der Anhörung der Spitzenverbände teilgenommen haben und die Zahlen kannten z.B. die Entlastung der Landkreises beträgt voraussichtlich 16,8 Millionen €, auch im Bereich Wohngeld fällt eine Entlastung an so gab es im laufenden Jahr 1,7 Mio € und für 2007 ebenfalls eine Verbesserung von 1,2 –1,3 Mio € geben.** Das Land will mit dem BAMBINI-Programm , zwar mit zweckgebundenen KFA-Mitteln Eltern und Familien spürbar entlasten, um noch kinderfreundlicher zu werden, das wollen sie auch. Außerdem darf Ihnen bekannt sein, ich zitiere aus der „Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht“ aus der eindeutig hervorgeht, es soll mit Blick auf die überragende Bedeutung der Kinderbetreuung den Gemeinden die teilweise oder vollständige Freistellung von den Gebühren nicht nachteilig angerechnet werden. Da durch das Kindertagesbetreuungsgesetz des Bundes vom Dez. 2004 neue Verpflichtungen den Kommunen zum Ausbau der Kindertagesbetreuung zukommen, ist es nur sachgerecht, den Kommunen hierfür Mittel aus den Besonderen Finanzausweisungen zur Verfügung zu stellen.“ So viel zum BAMBINI und den profunden Kenntnissen darüber. **Somit verehrter Kollege Hoffie mit Ihrem Dringlichkeitsantrag liegen Sie voll daneben, da obsolet, denn sicher haben Sie der Presse entnehmen können, dass Finanzminister Weimar die Kommunen noch einmal mit 100 Mio€ KFAmittel ausstattet und damit sind die fehlenden 0,8% Punkte im WiPlan sicher abgefangen.**

Herr Landrat aus diesen wenigen Beispielen ist zu erkennen, Sie geben immer nur so viel preis, wie es gerade nötig ist, wir kennen das aus den verschiedenen Vorfällen der letzten Jahre. Auch Ihre Beteuerung bei der Einbringung:“... dass der Landkreis seit vielen Jahren mit seiner Kreisumlage immer unter dem Landesdurchschnitt lag und dies auch in Zukunft sicherlich der Fall sein wird. Damit zeigen wir erneut, dass wir bei unseren Entscheidungen die Sorgen und Nöte unserer Städte und Gemeinden nicht außer acht lassen.“ **..verliert an Glaubwürdigkeit angesichts der Tatsache, dass man sich mit einem Umlagehebesatz von 55,1 nahe der vorgegebenen Schallgrenze von 58% bewegt. Angesichts der aufgezeigten finanziellen Belastungen der Städte und Gemeinden die zusätzliche Erhöhung um 2,5%Punkte als eine „maßvolle“ Anhebung zu bezeichnen, bleibt Ihr Geheimnis. Auch der erste Eindruck der Senkung der Schulumlage von 17,3% auf 16,4% darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass letztlich von den Städten und Gemeinden (im Jahr 2006 = 37.665.918 Mio€ und 2007 38.282.117 Mio €) also 967.120.00 € mehr finanziert werden.** Eine Entwicklung, die angesichts der zukünftigen geplanten Investitionen zu ständig steigenden Mehrkosten führen wird. Es darf hier die Frage durchaus erlaubt sein, wie weit die teils großzügigen Verbesserungen der schulischen Gebäuden und Nebengebäuden sich tatsächlich auf den Haushaltsbezug auswirken. Wir befürchten eher, dass die im Haushalt angesetzten Aufwendungen nicht ausreichen, da einige Ansätze gegenüber 2006 wie z.B. Abschreibungen, anteilige Zinsaufwendungen Schulbau trotz der vorgesehenen Investitionen in 2007 nicht angepasst bzw. erhöht wurden. Wenn ja, heißt es, sie waren zu hoch für 2006 angesetzt oder sie sind jetzt zu niedrig, aber vielleicht lassen sich zukünftige Erhöhungen mit der jetzigen %tualen Senkung besser verkaufen.

*** Noch ein weiterer 2. Punkt die Anhebung der Kreisumlage abzulehnen begründet sich u.a. auch mit dem IST-Ergebnis des Haushalts 2005 und dem IST-Bestand vom 31.10.06.** Hier zeigt sich, dass die durchgeführten Konsolidierungen langsam greifen. So ist es sehr erfreulich, dass im Jahre 2005 das angesetzte Defizit in Höhe von 40 Mio € auf ca 21 Mio € reduziert werden konnte. Aufgrund der uns vorliegenden IST -Zahlen des Ergebnishaushaltes vom 31.10.06 scheint sich, falls die Verwaltung nicht vom Dezemberausgabefieber befallen wird, ein ähnlich positives Ergebnis einzustellen. Allerdings wirft dies zugleich die Frage auf, ob im Sinne einer klaren Haushaltskonsolidierung es nicht besser wäre, die tatsächlichen geplanten Ausgaben und Aufwendungen genauer vorzuschätzen bzw. festzulegen. Zugegeben, bei der Vielfältigkeit und der Diversifizierung der Aufgaben und Ausgliederungen von Teilbereichen keine leichte Aufgabe. Ich bin mir daher sicher, dass gerade im Bereich Aufwendungen und auch bei den Eigenbetrieben und GmbHs, die eine oder andere Ausgabe nach unten korrigiert oder ganz

eingespart werden kann. **Hier denke ich z.B. an die 65.000 T€ für ein neues geplantes Kreisblatt. Mit dem Inhalt: „ wie verkaufe ich am besten die Leistungen der Koalition oder wie mache ich Wahlkampf auf Kosten des Hauses? Dieses steht im krassen Widerspruch zu den eigenen Aussagen bei der Beantwortung unserer Frage zu den Standards** auf Seite 12 im Vorbereicht. Diese wurde uns nämlich wie folgt beantwortet: „Es werden innerhalb der Kreisverwaltung permanent alle allgemein gültigen Standards wie z.b. die Erfordernis bestimmter Druckerzeugnisse bzw. Ausstattungen überprüft. Dies führte zu einer Reihe von Kündigungen von Abonnements und einer sehr restriktiven Handhabung bei Neuanschaffungen. Die konkreten Einsparungen wurden nicht erfasst!“

*** 3. Um unsere Unterstützung für die Sparmaßnahmen der Verwaltung zu signalisieren und in konkrete Zahlen umzumünzen, stellen wir den Antrag die 65000T€ für ein Kreisblatt abzuplanen.**

Sicher wird bei näherer Überprüfung noch weitere Ausgaben bzw. Aufwendungen reduziert oder ganz eingespart werden können. Hier darf ich beispielsweise auf die Kostenstelle Volkshochschule/Kultur (343001) verweisen, da laut Auskunft der Verwaltung sich die Kosten bis zum 5.12.06 auf einen Ist-Stand von 454.331 T€ belaufen, ist wohl kaum davon auszugehen, das bis zum Jahresende der Planansatz von 768.100 T€ erfüllt wird - also noch 316.769 T€ ausgegeben werden können. Z.B. auch im L-Bereich, wer schafft dort für Leistungen nach außen und wer für die politische Spitze?

Sicher lassen sich noch viele Beispiele finden, die im Sinne einer gemeinsam anzustrebenden Haushaltssanierung und Schuldenrückführung mit dazu beitragen auch den Forderung des RPs gerecht werden. Es ist meines Erachtens nicht ausreichend, lediglich die bestehenden Vorgaben fortzuschreiben. Auch im Hinblick hierauf erscheint eine Ausgabenkürzung in den künftigen Jahren unabdingbar.“ Dabei müssen auch die Leistungen auf den Prüfstand, die für uns als Opposition natürlich nicht auf Anhieb erkennbar sind, solange wir nicht den Landrat stellen, die aber dem Landrat oder anderen zum Liebkind worden sind.

Lassen Sie mich jedoch angesichts der fortgeschrittenen Zeit - zu unserem anderen *** Antrag kommen: die Kassenkredite auf 60 Mio € zu kürzen.** Kassenkredite sind Schulden im Kassenbereich, die wie wir wissen nur zur Überbrückung von Kassenschwierigkeiten aufgrund kurzfristigen finanziellen Engpässen in Anspruch genommen werden sollen. Allerdings wurden diese in den letzten 5 Jahren aufgrund zurückgehender Einnahmen und der damit einhergehenden Finanzierungsdefizite verstärkt auch zur Finanzierung laufender Ausgaben herangezogen. Insofern stellt die so praktizierte Handhabung keine Ausnahme dar. Leider ist das schon Alltag in Deutschland, denn kaum eine Kommune oder Stadt kann ohne Kassenkredite wirtschaften. Die damalige

Anhebung des Kassenkreditrahmens um weitere 30 Mio € auf 90 Mio€ wurde vom RP als notwendig erkannt, um in „Anbetracht der aufgelaufenen Verluste zur Sicherung der Kassenliquidität, diese sicher zu stellen“. Sinn und Zweck darf aber nicht sein, laufende bzw kumulierte Defizite über Jahre aufgrund einer großzügigen Ausgestaltung der Kassenkreditmöglichkeit bequem weiter zu erhöhen. Um diesem vorzubeugen, waren bis Anfang dieses Jahrhunderts die Höhe der Kassenkredite auf 1/5 der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes begrenzt. Darüber hinausgehende Kassenkredite bedurften der ausdrücklichen Genehmigung der Aufsichtsbehörde. **Ziel kann nach unserer Meinung nicht sein, dass durch einen überhöhten Ansatz der Kassenkredite, den möglichen Spielraum der Verwaltung großzügig zu gestalten.** Dieses zeigt sich deutlich im Ansatz im Zahlenvergleich der Zinsen von 2005 und im Ansatz 2007. Wären die Zinsen für normale Kredite mit 7 Mio in 2005 auf ca 7,5 Mio jetzt angestiegen, steigen dagegen die Zinsen bei Kassenkrediten um 300% nämlich in dem Zeitraum 05-07 von 0,5 auf 2 Mio €. Auch dauerhaft d.h. über den gesamten Zeitraum laufende Kassenkredite stellen eigentlich schon eine originäre Kreditform dar, die allerdings auch aufgrund höherer Zinsen zu steigenden Schuldendienstbelastungen führen, aber der parlamentarischen Kontrolle nicht unterliegen. Erfreulich aber ist, dass der gewährte Kassenkreditspielraum von 90 Mio € wie uns von der Verwaltung mitgeteilt wurde, in den vergangenen 11 Monaten nie die 60 Mio € überschritten habe. Somit ergab, sich bezogen auf die 11 Monate, ein durchschnittlicher Kassenkredit von 40,8 Mio €.

*** 4. Um auch hier ein konkretes Zeichen der Sparsamkeit zu setzen, beantragen wir den Kassenkreditrahmen auf 60 Mio € zu begrenzen.**

Meine Damen + Herren, liebe Kollegen, wir bitten um Zustimmung unserer Anträge. Stimmen Sie mit uns gegen eine Erhöhung der Kreisumlage, stimmen Sie mit uns gegen das neue Kreisblatt und stimmen Sie mit uns für die Reduzierung des Kassenkreditrahmens, dann könnten wir auch dem WiPlan zustimmen.

Handeln Sie im Interesse Ihrer Kommunen, denn Sie wissen, der Kreis kommt auch so auf seine Kosten. Wir wollen aber das der eingeschlagene Weg der Konsolidierung strikt fortgeführt wird und wir gemeinsam zu einer stärkeren Entschuldung bald gelangen.